

Grundlagen

Politische Stabilität als Rahmenbedingung für den Wirtschaftsstandort Schweiz

SILVANO MOECKLI

Inhaltsübersicht

I.	Einleitung	7
II.	Politische Stabilität	8
	1. Was bedeutet politische Stabilität?	8
	2. Wie wird politische Stabilität erreicht?	9
	3. Politische Stabilität und Wirtschaftsstandort	10
III.	Die politische Stabilität der Schweiz	11
	1. Hohe politische Stabilität – mit Bruchstellen	11
	2. Politische Stabilität im internationalen Vergleich	12
	3. Politische Stabilität und Wirtschaftsstandort Schweiz	13
IV.	Fazit	15

I. Einleitung

Mit «Rahmenbedingung» ist hier das Umfeld gemeint, innerhalb dessen sich politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure bewegen. Da alle Akteure sich der Rechtsordnung und den Entscheidungen des Staates, in dem sie sich befinden, unterwerfen müssen, sind die politischen Rahmenbedingungen von besonderer Bedeutung. Nur wenn ein relativ konstantes und verlässliches politisches und rechtliches Umfeld vorhanden ist, können die nichtstaatlichen Akteure planmässig handeln. Politische und die daran geknüpfte rechtliche Stabilität sind essentielle Standortfaktoren für die Wirtschaft. Sind die politischen Rahmenbedingungen instabil, so ist es meist auch die Rechtsordnung, denn neue politische Mehrheiten manifestieren ihren Willen, in dem sie neues Recht setzen. Abrupte Änderungen der politischen Mehrheitsverhältnisse oder abrupte politische Kursänderungen schlagen sich oft in raschen und unkalkulierbaren Änderungen der Rechtsordnung nieder.

Die Frage, der in diesem Beitrag nachgegangen wird, lautet: Welche Bedeutung hat die politische Stabilität für den Wirtschaftsstandort Schweiz? Zunächst wird umrissen, was politische Stabilität ist und wie sie zustande kommt. Anschliessend wird

näher begründet, wieso politische Stabilität für einen Wirtschaftsstandort von fundamentaler Bedeutung ist. Im zweiten Teil wird untersucht, wie es um die politische Stabilität der Schweiz bestellt ist, welchen Stellenwert sie für den Wirtschaftsstandort Schweiz hat und welche Folgerungen sich daraus ergeben.

II. Politische Stabilität

1. Was bedeutet politische Stabilität?

Stabilität ist zunächst ein Zustand der Festigkeit, der Geordnetheit. Die Strukturen des politischen Systems sollen stabil, die politischen und rechtlichen Verfahren verlässlich und die staatlichen Entscheidungen vorhersehbar oder zumindest nachvollziehbar sein. Die wirtschaftliche Stabilität eines Staates ist von der politischen Stabilität abhängig, denn ohne Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse – und damit implizit in die Sicherheit des materiellen wie des geistigen privaten Eigentums – werden Wirtschaftssubjekte kaum Geld investieren oder anlegen, und ohne Sicherheit fehlt ein wesentlicher Ansporn für unternehmerische Leistungen. Sind die politischen Strukturen nicht stabil, so sind auch die politischen Prozesse weniger verlässlich und deren Ergebnisse eher volatil. Politische Stabilität umfasst mehr als die Stabilität der Rechtsordnung, denn stabile Rechtsnormen nützen nichts, wenn deren Umsetzung instabil ist, bspw. durch Korruption unterlaufen wird. In der Demokratie sind rechtliche Rahmenbedingungen sowohl die Korridore als auch die Ergebnisse politischer Prozesse.

Politische Stabilität heisst freilich nicht Starrheit und Unabänderbarkeit. Ganz im Gegenteil. Sie beinhaltet auch die Fähigkeit des politischen Systems, von innen oder von aussen kommende Veränderungen und Störungen – auch abrupte – verarbeiten zu können, ohne dass es instabil wird¹. Nach einer Veränderung soll eine Rückkehr in den Ausgangszustand oder in einen neuen Zustand der Stabilität erreicht werden können. Dies gilt auch für die Rechtsordnung. Sie muss stabil und verlässlich sein, verlässlich auch in der rechtlichen Verarbeitung neu auftauchender Probleme. Das politische System sollte lernfähig sein und seine Strukturen und Verfahren ständig aufgrund der gemachten Erfahrungen verbessern.

Auch ein autoritäres System kann stabil sein. Gerade die repressiven Regime gehören zu den stabilsten Systemen². Aber die Stabilität wird oft durch Abgeschlossenheit nach aussen und Unterdrückung im Innern erkaufte. Autoritäre Systeme verfügen

¹ EBERHARD SANDSCHNEIDER, *Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*, Opladen 1995, S. 118.

² IAN BREMMER, *The J Curve. A New Way to Understand Why Nations Rise and Fall*, New York 2006, S. 22.

nach innen nicht in gleicher Weise über Anpassungsmechanismen wie die Demokratie, insbesondere hinsichtlich der Anpassung an die Präferenzen der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Demokratien haben einen Feedbackmechanismus³. Periodisch stattfindende Wahlen (und Abstimmungen) zwingen die politische Elite zur Flexibilität, Adaption und Innovation. Auch nach aussen ist ein autoritäres System weniger berechenbar als eine Demokratie, denn autoritäre Herrscher müssen beim Entscheid über Krieg oder Frieden viel weniger Rücksicht auf den möglichen Verlust von Menschenleben nehmen. Wenn ein autoritäres System die Abgeschlossenheit gegen aussen aufgeben muss, wird es höchst instabil: «It must go through a transitional period of dangerous instability.»⁴

Instabilität heisst, dass das politische System nicht (mehr) fähig ist, Störungen oder Krisen zu bewältigen. Es kann sich dabei um ausserordentliche Ereignisse, um Krisen auf der Inputseite (Legitimationskrisen) oder um Krisen auf der Outputseite (Steuerungskrisen) handeln. Dies kann sich in Unruhen, gewalttätigen Konflikten, wirtschaftlicher Depression, Regierungskrisen oder gar dem Zusammenbruch der Rechtsordnung und des Staates manifestieren.

2. Wie wird politische Stabilität erreicht?

Ein stabiler Staat ist gemäss Gabriel Almond fähig, drei Güter bereitzustellen: System Goods, Process Goods und Policy Goods⁵. Aus der Perspektive des Einzelnen ist es ein Systemgut, wenn der Staat insgesamt transparent ist und dessen Handlungen vorhersehbar sind. «Citizens are most free and most able to act purposefully when their environment is stable, transparent, and predictable.»⁶ Aus der Sicht des Ganzen ist es ein Systemgut, wenn der Staat sowohl der Systemerhaltung wie der Systemadaption fähig ist. «The political system is characterized by regular, stable and predictable processes domestically and internationally.»⁷

Zu den Prozessgütern gehören politische Partizipation, Befolgung der Normen und prozedurale Gerechtigkeit. Ein Prozessgut ganz allgemein ist gute Regierungsführung. Aus der Sicht des Einzelnen heisst das Gleichbehandlung durch den Staat, gerechte Entschädigung für erbrachte Leistungen, gerechte Steuern und Abgaben, Hilfe durch den Staat im Bedarfsfall, effiziente und korruptionsfreie Aufgabenerfüllung durch den Staat. Gemäss einer Publikation der Weltbank ist gute Regierungsführung Voraussetzung für Prosperität – nicht umgekehrt: «Good governance pays a very large

³ WOLFGANG MERKEL, *Systemtransformation*, Opladen 1999, S. 61.

⁴ BREMMER, *J Curve* (Fn. 2), S. 5.

⁵ GABRIEL ABRAHAM ALMOND et al (Ed.), *Comparative Politics Today. A World View*, 8th ed., New York 2004, S. 148 f.

⁶ ALMOND, *Comparative Politics* (Fn. 5), S. 148.

⁷ ALMOND, *Comparative Politics* (Fn. 5), S. 150.

development dividend. An improvement in governance of one standard deviation can triple a nation's per capita income in the long run. Higher income also correlates with better governance, but the causal relationship is mostly from governance to income.»⁸ Policy Goods sind die Politikergebnisse: Wohlstand, Lebensqualität, Freiheit, persönliche und soziale Sicherheit.

Damit ein politisches System stabil ist, muss es also beständig bzw. anpassungsfähig in seiner Struktur, seinen Verfahren und seinen Ergebnissen sein. Es muss über Legitimation (Anerkennungswürdigkeit) sowohl auf der Input- wie auch auf der Outputseite des politischen Prozesses verfügen. Die Inputlegitimation wird in der Demokratie durch Wahlen gewährleistet, in der Schweiz auch durch Sachabstimmungen. Die Outputlegitimation ergibt sich durch einen leistungsfähigen Staat, der in der Lage ist, Sicherheit zu gewährleisten, die Infrastruktur bereitzustellen, Interessenkonflikte auszugleichen und den Wohlstand zu fördern. Ein autoritäres System kann stabil sein, wenn es fähig ist, innere Widerstände zu unterdrücken, Legitimation über den Output zu beschaffen sowie wirtschaftliche Eigentumsrechte abzusichern. Inputlegitimation kann es indessen nicht herstellen.

3. Politische Stabilität und Wirtschaftsstandort

«Bei der langfristigen Stabilität der Rahmenbedingungen, d.h. der Abwesenheit von nicht voraussehbaren Änderungen wie Regierungswechsel, sprunghafter Geldpolitik, Kampfmassnahmen der Sozialpartner handelt es sich um eines der knappsten und international gesuchtesten Güter der Welt.»⁹ Politische Stabilität ist ein kurzfristig nicht imitierbarer Standortfaktor¹⁰. Ohne politische Stabilität kann ein Wirtschaftsstandort auf längere Frist nicht attraktiv sein; insbesondere nicht für den sensitiven Finanzsektor. Am attraktivsten ist ein Wirtschaftsstandort, wenn Stabilität gekoppelt ist mit Demokratie, denn die Stabilität der Demokratie basiert auf dauerhaften Institutionen, während die Stabilität von autoritären Staaten meist an einzelne Personen oder Personengruppen gebunden ist.

Stabilität erfordert auch Rechtssicherheit. Für die Wirtschaftssubjekte und damit auch für die Wirtschaftsstandorte sind Stabilität und Verlässlichkeit der rechtlichen Rahmenbedingungen unabdingbare Voraussetzungen für planmässige Wirtschaftsaktivitäten. Ohne einen starken und verlässlichen Staat und ohne gute Regierungsführung gibt es keinen prosperierenden Wirtschaftsstandort, genauso wie der Staat auf

⁸ THE WORLD BANK, Governance Matters 2006. Worldwide Governance Indicators, Washington D.C. 2006, S. 2.

⁹ SILVIO BORNER/FELIX WEHRLE, Die Sechste Schweiz. Überleben auf dem Weltmarkt, Zürich/Schwäbisch Hall 1984, S. 216.

¹⁰ CARLO KNÖPFEL, Der Einfluss der politischen Stabilität auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Kritische Analyse eines Standortfaktors, Grusch 1988, S. 11.

eine leistungsfähige Privatwirtschaft, aus welcher er sich die finanz- und realwirtschaftlichen Ressourcen beschafft, angewiesen ist. Der Handlungsspielraum des politischen Systems bei der Bereitstellung der Policy Goods hängt von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ab. Politische Stabilität ist zwar die unabhängige Variable, welche die Qualität des Wirtschaftsstandortes bestimmt, aber die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts wirkt auf die politische Stabilität zurück.

III. Die politische Stabilität der Schweiz

1. Hohe politische Stabilität – mit Bruchstellen

Die Schweiz hat in ihrer 700-jährigen Geschichte hinsichtlich der Stabilität des Staatswesens verschiedene Phasen durchlaufen. Über die gesamte Zeitperiode betrachtet gehört sie in Europa indessen zu den stabilen politischen Gebilden. Die Gründung der Eidgenossenschaft 1291 war eine Anpassung an veränderte Verhältnisse in Europa nach dem Tod König Rudolfs I. und der Eröffnung des Gotthardpasses. Der Bund der Waldstätte überlebte, weil sich die Landorte mit Städten und weiteren Orten zu einem grösseren Bündnis zusammenschlossen. Es folgten eine Phase der Expansion, die Loslösung vom Deutschen Reich und nach der Niederlage von Marignano 1515 eine Phase der Konsolidierung. Spannungen innerhalb der Eidgenossenschaft entluden sich in den Kappeler- (1529/31) und den Villmerger-Kriegen (1655/1712).

Nach der Französischen Revolution war die alte Eidgenossenschaft unfähig, sich an neue Verhältnisse und politische Ideen anzupassen, insbesondere an die Gebote der Gleichheit der Territorien und der Menschen. Es brauchte 1798 den Anstoss von aussen (Invasion Frankreichs), um zu einer neuen politischen Ordnung zu gelangen. Die Regenerationszeit von 1830 bis 1848 war eine Phase grosser Instabilität, geprägt von politischen Unruhen und Regierungsstürzen in den Mitgliedstaaten der Eidgenossenschaft. Es bedurfte 1847 eines kurzen Waffengangs, um dem Bundesstaat zum Durchbruch zu verhelfen. Innenpolitisch war nach 1848 zunächst die Konfliktlinie liberal – konservativ dominierend, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann die Konfliktlinie links – rechts. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfreut sich die Schweiz hoher politischer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität.

Wie gut oder schlecht bewältigte der neue Bundesstaat innen- und aussenpolitische Herausforderungen? Im sog. «Neuenburger Handel» (1856/57) bestand er die erste aussenpolitische Bewährungsprobe. Preussen verzichtete auf den Kanton Neuenburg. Auf die Entstehung neuer Nationalstaaten im Norden und im Süden reagierte der Bundesstaat mit einem Zentralisierungsschub (Totalrevision der Bundesverfassung von 1874). Während der beiden Weltkriege bestand ein Vollmachtenregime des

Bundesrates, gestützt auf «extrakonstitutionelles Notrecht». Die Weltwirtschaftskrise und die Bedrohung durch faschistische Staaten überwand die Schweiz, ohne die Substanz ihrer Demokratie aufzugeben. Die Annäherung an die Europäische Union erfolgte über bilaterale Verträge, nachdem der multilaterale Weg gescheitert war. Insgesamt hat das politische System der Schweiz nach innen wie nach aussen eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit bewiesen und viele fortschrittliche Politiken umgesetzt, so in den Bereichen Soziales, Verkehr und Umwelt. Dies geschah zwar behutsam, aber die Politikergebnisse waren nachhaltig.

2. Politische Stabilität im internationalen Vergleich

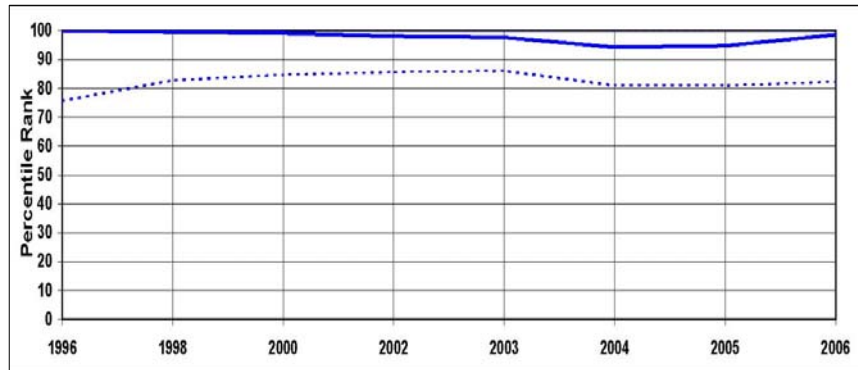
Wie oben ausgeführt, gehörte die Eidgenossenschaft in den vergangenen 700 Jahren innerhalb Europas zu den stabilsten Staaten, wenngleich es in der staatlichen Entwicklung einige Bruchstellen gab. Wie gut oder wie schlecht steht es heute um die politische Stabilität der Schweiz im internationalen Vergleich?

Das «World Bank Institute» hat aggregierte Indikatoren der guten Regierungsführung konstruiert. Anhand dieser lässt sich die Qualität der Regierungsführung aller Staaten der Welt – von denen Daten vorliegen – messen. Datenbasis bilden 31 Datensätze, die von 25 verschiedenen Organisationen stammen. Die sechs Indikatoren sind:

- Rückkoppelung und Verantwortlichkeit
- Politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt
- Effektivität der Regierung
- Regulatorische Qualität
- Rechtsstaatlichkeit
- Kontrolle der Korruption

Für jeden der 212 Staaten bzw. Territorien wurde ein «prozentualer Rang» ermittelt: der Prozentsatz der Staaten, die unterhalb des betrachteten Staates rangieren (also «schlechter» abschneiden)¹¹. Die untenstehende Abbildung zeigt den prozentualen Rang der Schweiz beim Indikator «Political Stability and Lack of Violence». Definiert wird dieser Indikator als Wahrnehmung der Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung durch nicht verfassungsmässige oder gewalttätige Mittel destabilisiert oder gestürzt wird. Die ausgezogene Linie gibt den prozentualen Rang an, die gestrichelte Linie darunter zeigt die untere Grenze des Standardfehlers bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 90 Prozent (die obere Grenze ist nicht sichtbar, da sie über 100 hinausreichen würde). Wir sehen, dass die Schweiz von 1996 bis 2006 stets zu den stabilsten Staaten der Welt gehörte.

¹¹ Die Daten können auf dieser Website abgerufen werden: <http://www.govindicators.org>.



Aggregierter Indikator «Political Stability and Absence of Violence», Schweiz 1996 bis 2006 (World Bank Institute, Governance Matters 2007, Country Data Report for Switzerland, 1996 – 2006)

Einen Spitzenrang nimmt die Schweiz auch bei den anderen fünf Indikatoren ein und zwar sowohl im weltweiten Vergleich wie auch im Vergleich zu Staaten der gleichen Einkommenskategorie.

Governance Indicator	Percentile Rank (CH)	Percentile Rank (OECD)	Governance Score (± 2.5)
Voice and Accountability	99.5	77.1	1.72
Political Stability	98.6	75.3	1.4
Government Effectiveness	98.6	82.9	2.13
Regulatory Quality	93.2	83.5	1.45
Rule of Law	98.6	82.7	1.96
Control of Corruption	97.1	83.4	2.19

Indikatoren der Regierungsführung 2006: Schweiz und Staaten der gleichen Einkommenskategorie (OECD-Staaten)
(KAUFMANN/KRAAY/MASTRUZZI, Governance Matters VI: Governance Indicators for 1996–2006, Washington D.C. 2007)

Man mag die Qualität der Daten und damit die Reliabilität und Validität der Indikatoren in Frage stellen. Die durchwegs gute Position der Schweiz über zehn Jahre bei sämtlichen Indikatoren lässt jedoch den Schluss zu, dass die Schweiz zu den stabilsten und bestregierten Staaten der Welt gehört.

3. Politische Stabilität und Wirtschaftsstandort Schweiz

Der Standortvorteil, der sich für die Schweizer Wirtschaft aus der politischen Stabilität und der guten Regierungsführung ergibt, lässt sich gar nicht hoch genug einschätzen.

zen. «Politische Stabilität ist die Basis für jedes Unternehmen. In instabilen Staaten weiss man das, in der Schweiz geht es gerne vergessen.»¹²

Das politische System und dessen Stabilität umfasst nicht nur einen staatlichen, sondern auch einen nichtstaatlichen Teil. Es geht auch um die Stabilität des Parteien- und des Verbandssystems, insbesondere um die Beziehungen von Interessenverbänden mit gegensätzlichen Interessen wie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, Mieter und Vermieter, Produzenten und Konsumenten. Wegweisend für die «friedliche Konfliktbewältigung» und den Arbeitsfrieden war 1937 das sog. «Friedensabkommen» in der Maschinen- und Metallindustrie. Daraus hat sich die Sozialpartnerschaft entwickelt. Im Verhältnis Staat – Interessenverbände bildete sich der Korporatismus heraus, d.h. die Zusammenarbeit der Verbände mit dem Staat sowohl im Vorverfahren der Gesetzgebung wie auch in der Umsetzung der Entscheide.

Die Schweiz ist nach AREND LIJPHART der Musterfall der Konsensdemokratie¹³. Die Transformation von der Mehrheits- zur Konsensdemokratie hat dem Wirtschaftsstandort Schweiz nicht geschadet – im Gegenteil. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erfolgte der wirtschaftliche «Take-Off» der Schweiz erst ab 1945. Neben der politischen Stabilität haben auch äussere Umstände den wirtschaftlichen Aufstieg der Schweiz begünstigt. Dazu gehören das Verschontgebliebensein in europäischen Kriegen und die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa.

Erst der Übergang von der parteipolitischen Polarisierung (konfessionelle Konfliktlinie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, soziale Konfliktlinie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts) zum Arbeitsfrieden, zum «gütlichen Einvernehmen» und zur Konkordanz hat die politischen und sozialen Strukturen befriedet und damit mit der politischen Stabilität und dem sozialen Frieden die grössten Standortvorteile geschaffen. Ohne diese Vorteile hätte sich niemals der Sektor der Finanzdienstleistungen entfalten können, der heute 15 Prozent zur wirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt. Schon 1930 war das von der Schweizer Finanzdrehscheibe verwaltete Vermögen dreimal so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz. Ende Mai 2007 entsprachen die von Schweizer Banken verwalteten Wertschriften gar dem Elfachen des BIP. 3'183 Milliarden oder knapp 60 Prozent gehörten ausländischen Depotinhabern¹⁴. «Es wird geschätzt, dass die Banken der Schweiz rund einen Drittel sämtlicher Offshore-angelegten Gelder der Welt verwalten.»¹⁵

¹² Bundesrat Moritz Leuenberger in einer Rede am 1. September 2006 in Bern am «Tag der Wirtschaft» von *economiesuisse*.

¹³ AREND LIJPHART, *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven 1999, S. 34 ff.

¹⁴ SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK, *Statistisches Monatsheft*, Juli 2007, S. 40.

¹⁵ BEAT HOTZ-HART/DANIEL SCHMUKI/PATRICK DÜMMLER, *Volkswirtschaft der Schweiz. Aufbruch ins 21. Jahrhundert*, 4. Aufl., Zürich 2006, S. 460.

IV. Fazit

Die politische Stabilität der Schweiz scheint uns heute selbstverständlich. Ihre Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Schweiz wird unterschätzt. Das Gut «Stabilität» wird auch zu wenig nachgefragt, weil es sich um ein kollektives Gut handelt, von dem man auch profitiert, wenn man selbst nichts zu dessen Zustandekommen beiträgt.

Politische Stabilität ist aber kein erreichter Zustand, sondern ein kostbares Gut, das permanent «hergestellt» werden muss, nämlich mittels der erwähnten Systemgüter, Prozessgüter und staatlichen Leistungen. Am Ende ist der Output vom Input abhängig. Nur wenn alle dazu beitragen, wird resultieren, was alle bewahren wollen: einen verlässlichen, leistungs- und reaktionsfähigen Staat, der planmässiges, wirtschaftliches Handeln erst ermöglicht und auch eine stabile Basis für die wirtschaftlichen Aktivitäten im Ausland und ausländischen Investitionen und Finanzanlagen im Inland ist.

Damit sind wir beim Blick über die Landesgrenzen hinaus. Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist nicht nur auf Stabilität im eigenen Land angewiesen, sondern auch auf Stabilität in seinem Umfeld, denn nur in einem stabilen internationalen Umfeld sind dauerhafte, verlässliche Aussenwirtschaftsbeziehungen möglich. Dies gilt insbesondere im Verhältnis zu «grösseren» Nachbarstaaten. Lange Zeit war die Schweiz innerhalb Europas eine Insel der Stabilität in einem instabilen Umfeld. Westeuropa ist heute stabil; andere Weltregionen sind es nicht. Mit zunehmender Intensität der Globalisierung schlagen Instabilitäten anderswo auch schneller und stärker auf die Schweiz durch. Es liegt im vitalen Interesse der Schweiz, weltweit zur Vermeidung und Minderung von Instabilität beizutragen, denn wenn die stabilen Staaten die Stabilität nicht zu den instabilen Staaten bringen, schwappt deren Instabilität auf die stabilen Staaten über. Wie ein stabiler Kleinstaat im Verbund mit anderen Staaten zur weltweiten Stabilität beitragen kann, ist in Artikel 54, Absatz 2, der Bundesverfassung treffend formuliert: «Der Bund ... trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.»